

Haushaltsrede im Kreistag, 23.02.2016

Sehr geehrte Anwesende!

Die AfD stimmt dem TOP 1b

(Beratung und Beschlußfassung über den Entwurf der Haushaltsatzung mit dem Haushaltsplan des Landkreises Rastatt)

des Haushaltsentwurf 2016 nicht zu. Weil der Landkreis nicht mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die offenen Grenzen eingetreten ist, insbesondere das Mittel der Öffentlichkeitsarbeit ausgelassen hat. Andere Landkreise und Kommunen waren hier beispielhaft.

Der Haushaltsentwurf an sich weist nach unserer Einschätzung wieder solide Verwaltungsarbeit auf und ist somit zustimmungsfähig, was TOP 1a

(Festsetzung des Hebesatzes der Kreisumlage)

und TOP 1c

(Beratung und Beschlußfassung über den Entwurf des Wirtschaftsplans für den Eigenbetrieb „Abfallwirtschaft des Landkreises Rastatt“)

angeht.

Tragischerweise unterstützt diese solide Verwaltungsarbeit mit Bereitstellung von fast 28 Mio. EUR für Versorgung von Migranten die unverantwortliche Politik der offenen Grenzen.

Der Landkreis Rastatt liefert mit seinem Haushalt ohne öffentlichen Protest Beihilfe zu millionenfachem Rechtsbruch. Der ist festgestellt von Di Fabio, Papier, Bertram, Scholz, Herzog, alles ausgewiesene Verfassungsjuristen. Schlimmer noch, er ist Beihilfe zur Verwirklichung von Sarrazins These „Deutschland schafft sich ab“.

Nun ist die Versorgung der Migranten, sind sie nun einmal da, durch den Haushalt des Landkreises gesetzliche Pflicht. Aus diesem Grund haben wir von der AfD bereits dem Haushalt des Vorjahres, wenn auch unter Bedenken, zugestimmt. Die Bedenken betrafen die zu erwartende Zunahme der Migration. Die trat gewaltig ein.

Es wird gemutmaßt, daß es auch 2016 mit einer Mio. Migranten deutschlandweit weitergeht. Auch danach ist kein Ende abzusehen. Denn die Kanzlerin läßt die deutschen Grenzen offen und hat in der EU jede Unterstützung verloren. Erdogan soll jetzt Ihr Rettungengel sein.

„Wir können nicht alles tun, aber wir müssen tun was wir können,“ hat der Herr Landrat in seiner Haushaltsrede Bill Clinton zitiert.

Durch die Entwicklung der Migrantenkrise wird jetzt überdeutlich, was der Landkreis aber hätte tun müssen und können, immer noch tun muß, aber bisher unterlassen hat: nämlich gegen die unverantwortliche Politik der offenen Grenzen demonstrativ zu protestieren. Nur die drastische Reduzierung der Migration wird zukünftige Haushalte tragfähig machen.

Zwar hat der Herr Landrat wenigstens nicht das Unterstützungsschreiben für die merkelsche Migrantenpolitik der baden-württembergischen CDU-Landräte und Oberbürgermeister unterschrieben. Das anerkennen wir denn es ist ein Schritt in die richtige Richtung. Reicht aber bei weitem nicht.

Unserer Aufforderung, sich den Kritikern der merkelschen Grenzöffnung anzuschließen lehnte der Landrat ab und begründete das mit folgendem Zitat aus einer seiner Presseerklärungen,

„er fühle sich vom Landkreistag gut vertreten und setze darauf, daß dessen Forderungen und Anregungen Wirkung zeigen. Der Landrat verzichte auf Einzelaktionen und wolle sich lieber auf die schwierige Arbeit vor Ort konzentrieren.“

Nun ist die schwierige Arbeit vor Ort gesetzestbedingt, aber tragischerweise je besser sie ist, auch bessere Beihilfe zu den katastrophalen Folgen der Grenzöffnung.

Der vom Herren Landrat mit Vertrauen bevorschufte Landkreistag hat tatsächlich die Spitzabrechnung mit dem Land für Sozialbegleitung und Verpflegung erbracht. Das bringt für den Kreishaushalt verwaltungstechnische Erleichterung, aber überhaupt nichts für die Bürger im Landkreis Rastatt! Die Bürger zahlen nach wie vor. Wenn jetzt nicht über den Kreishaushalt, dann über das allgemeine Steueraufkommen.

Zur Beendigung der verfehlten Migrationspolitik unter der die BRD zu leiden haben wird solange sie besteht, ist dem Beispiel anderer Landräte und Bürgermeister zu folgen und der Weg in die Öffentlichkeit zu suchen.

Der Landkreis hat spektakuläre öffentliche Forderungen an die Bundesregierung zu erheben mit den Zielen:

1. Die Anreize für die Migration in die BRD abzuschaffen.
2. Recht einzuhalten.
3. Heimatnahe Aufnahmelager durch das UNHCR zu unterstützen.

Weil diese Begleitung zum Haushalt 2016 fehlt, stimmt die AfD dem TOP 1b zum Haushalt 2016 nicht zu.

Wo Unrecht und Unvernunft regieren, wird Widerstand zur Pflicht.

Abschließend zum wiederholten Mal die Bitte um Kenntnisnahme, daß die AfD uneingeschränkt zur Genfer Flüchtlingskonvention und zum Asylrecht nach GG Artikel 16a steht sowie auch zur Einhaltung aller gültigen EU-Verträge, auch wenn wir diese, besonders Dublin, für grundlegend reformbedürftig erachten.

Danke für die Aufmerksamkeit.

Die Rede zeitigte die bislang ablehnendste Reaktion

Man spürte den Wahlkampf.

Meine Erinnerungen:

Die Landtagskandidatin der Grünen Dr. Lehning unterbrach mit der Frage „Was hat's mit dem

Haushalt zu tun?“

Ich bot an, das nochmal unter vier Augen zu erläutern. „Bei einer Tasse Kaffee“ empfahl der Landrat.

Die Landtagskandidatin Felder unterbrach ebenfalls, Inhalt war für mich nicht zu verstehen.

Der Landrat fragte auch nochmal nach dem Bezug zum Haushalt.

Meine Antwort sinngemäß: „Wenn der Migrantenzustrom nicht gestoppt wird, wird's bald keinen tragfähigen Kreishaushalt mehr geben“.

Ein geschätzt gutes Dutzend Kreisratskollegen aus unterschiedlichen Fraktionen verließ den Sitzungssaal.

Werner Patzelt